

Boris Knorre

Die anti-ökumenische Rhetorik orthodoxer Fundamentalisten

In fundamentalistischen orthodoxen Kreisen ist eine ablehnende Haltung gegenüber der Ökumene nichts Neues. Neu ist hingegen die Verknüpfung anti-ökumenischer Rhetorik mit politischen Argumenten im Sinne einer geistigen Verteidigung Russlands. Zudem äußern Vertreter der „Volkskirche“ ihre Kritik an den ökumenischen Kontakten des Moskauer Patriarchats vor allem als Kritik an der Zentralisierung der Kirchenmacht. – R. Z.

Im postsowjetischen kirchlichen Umfeld der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) war die Ökumene niemals populär, da der Prozess der Wiedergeburt des kirchlichen Lebens vor allem im Zeichen einer konservativen Restauration kanonischer Kirchlichkeit verlief. Nicht wenige Kirchenglieder, die Patriarch Kirills „Ökumenismus“ in den 1990er und 2000er Jahren kritisiert hatten, haben inzwischen ihre Meinung geändert und sich vollständig mit ihm versöhnt. Selbst unter den lange unversöhnlichen „Auslandskirchlern“ (Karlovcy)¹ gibt es mittlerweile solche, die das Ökumene-Problem als gelöst betrachten.

Gestört wurde die allgemeine beruhigte Lage nur durch den anti-ökumenischen Appell von Bischof Diomid (Dsjuban) 2007, der die Kirchenleitung nicht nur des Ökumenismus, sondern auch der Anbiederung an die Staatsregierung bezichtigte. 2008 wurde Diomid die Bischofsweihe aberkannt, und ein Teil der Kleriker folgte ihm in die Abspaltung einer unabhängigen kirchlichen Existenz. Von gewisser Bedeutung war auch der anti-ökumenische Protest einer Gruppe von Athos-Mönchen unter der Leitung von Priestermonch Rafail (Berestov) gegen die Kirchenleitung. Ebenso berühmt war der Protest einer Gruppe von Priestern und Mönchsgemeinschaften in der Republik Moldau unter Anleitung von Erzpriester Anatolij (Tschibrik). Diese Gruppe hörte 2010 auf, des Patriarchen Kirill in der Liturgie zu gedenken.

Proteste gegen das Panorthodoxe Konzil 2016

Als jedoch eine mögliche Teilnahme der ROK am Panorthodoxen Konzil bekannt wurde, entfachten vor allem letztere beiden Gruppen den anti-ökumenischen Protest. Zusammen mit Professor Teodor Zizis von der Theologischen Fakultät der Aristoteles-Universität in Thessaloniki organisierten die Kleriker aus der Republik Moldau im Januar 2016 eine *Internationale theologische Konferenz über religiösen Synkretismus*.² Die dort verabschiedete Resolution sprach sich gegen eine Teilnahme am Panorthodoxen Konzil aus, da es „häretisch“ sein werde, wenn dort nicht die Rückkehr aller orthodoxen Lokalkirchen zum alten Julianischen Kalender beschlossen und die „Häresie des Ökumenismus“ verurteilt werde. Zudem kritisierten die Kleriker alle bisherigen ökumenischen Vereinbarungen, die von den orthodoxen Kirchen unterzeichnet worden sind, insbesondere die „Deklaration von Balamand“ (1993) mit der römisch-katholischen Kirche über den Uniatismus und die Vereinbarung von Chambésy (1990) mit den orientalischem-orthodoxen Kirchen.³

Die ersten Priester der ROK, die sich öffentlich „gegen den Ökumenismus“ und gegen Patriarch Kirill wandten, waren

Alexej Moros in St. Petersburg und Dimitrij Nenarokov in Moskau, beide ohne festes Anstellungsverhältnis in der ROK (russ. *zaštatnye*). Moros war damals u. a. als Vorsitzender des *Konzils der orthodoxen Intelligencija* (später: *Konzil orthodoxer Bürger*) und als Seelsorger der Petersburger Abteilung des *Allrussischen Volkskonzils* bekannt – einer gesamtrossischen sozial-politischen Bewegung, die imperial orientiert ist, sich auf national-patriotische, orthodoxe und neosowjetische Ideen stützt und sich der Verteidigung der gesellschaftlichen Moral und traditioneller Familienwerte verschrieben hat. Nenarokov ist Seelsorger von Kosakenorganisationen und Organisator „orthodoxer kriegspatriotischer Klubs“, zudem arbeitete er im HI. Ioann von Kronstadt-Zentrum unter der Leitung des fundamentalistisch eingestellten Iumen Anatolij (Berestov). Er bemühte sich vor allem um Nahkampfkurse für orthodoxe Gläubige – für den Fall, dass letztere in Straßenkämpfe gerieten oder politische Krisen ausbrechen.⁴ Diesen beiden Priestern schloss sich auch die Dozentin Olga Tschetverikova vom *Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen* (MGIMO) an, die sich im Frühling 2016 als populäre Ideologin anti-ökumenischer Proteste erwies.

Die anti-ökumenischen Veranstaltungen dieser Akteure fanden ein breites Publikum von Priestern und Laien, die den Patriarchen aufforderten, die Havanna-Erklärung mit dem Papst aufzukündigen (s. RGOW 3/2016, S. 4–7), die Ökumene als Häresie anzuerkennen und die proökumenischen Beschlüsse der Bischofsversammlung der ROK vom 2.–3. Februar 2016 zu widerrufen, die den Konzilsentwurf über die Beziehungen zur übrigen christlichen Welt gutgeheißen hatte (s. RGOW 11/2016, S. 11–13). Insbesondere lehnten die Anti-Ökumeniker die Bezeichnung „Kirche“ für andere Konfessionen ab. So forderte Moros alle Orthodoxen im Februar dazu auf, „nur diejenigen Kirchen zu besuchen, in denen sich die Kirchendiener streng an die Dogmen der Orthodoxie halten und die Häresie des Papismus und des Ökumenismus nicht anerkennen.“ Am 6. März 2016 fand in St. Petersburg ebenfalls unter Moros' Leitung ein Runder Tisch zum Thema „Die ROK und die Havanna-Erklärung – Sieg oder Niederlage?“ mit 400 Teilnehmenden aus Russland, der Ukraine und der Republik Moldau statt.

Am 9. März organisierte Vladimir Chomjakov, Co-Vorsitzender des *Allrussischen Volkskonzils*, unter aktiver Beteiligung von Rebellen aus dem Donbass eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Das geplante Panorthodoxe Konzil auf Kreta und die Havanna-Erklärung von 2016: pro und contra“. Das war die größte anti-ökumenische Veranstaltung, bei der sich das ganze



Runder Tisch über „Die anti-ökumenische Bewegung und das ‚Panorthodoxe‘ Konzil“ am 7. Juni 2016 in Moskau, u. a. mit Erzpriester Vsevolod Tschaplin (3. v. l.) und Vladimir Chomjakov (3. v. r.).

bunte Spektrum der Fundamentalisten präsentierte: von politisierten orthodoxen, teilweise monarchistischen Nationalisten (u. a. den neuen „Schwarzhundertern“⁴⁵) bis zu gemäßigten konservativen Theologen. Unter anderem wurde die Einberufung eines panorthodoxen Konzils jener orthodoxen Gläubigen erörtert, die nicht der „Häresie des Ökumenismus“ verfallen seien.

Im März/April 2016 erlebte die Protestbewegung gegen die Havanna-Erklärung und das Panorthodoxe Konzil den größten Zulauf. Zu den Gegnern von Patriarch Kirill gesellte sich Erzbischof Longin (Schar) von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche–Moskauer Patriarchat. Auch in anderen orthodoxen Lokalkirchen machten die Anti-Ökumeniker mobil: Am 23. März fand im griechischen Piräus eine entsprechende Konferenz statt, die von vier Metropoliten der Griechischen Orthodoxen Kirche organisiert wurde, und parallel dazu gab es solche Konferenzen auch in der Bulgarischen Orthodoxen Kirche. Am 1. April veröffentlichte eine Eparchie der Moldauischen Orthodoxen Kirche–Moskauer Patriarchat auf ihrer Webseite eine anti-ökumenische Erklärung von Bischof Petru (Mustață).

In diesem Prozess kristallisierten sich zwei Kategorien von Anti-Ökumenikern heraus: Erstere waren orthodoxe „Zeloten“, die Patriarch Kirill der „Häresie des Ökumenismus“ bezichtigten und darauf bestanden, seiner und der mit ihm einverstandenen Bischöfe in der Liturgie nicht mehr zu gedenken. Die anderen waren dagegen, den Patriarchen als Häretiker zu bezeichnen, weil man ihn angesichts des Drucks seitens der globalen Elite (die an der Havanna-Begegnung schuld sei) mit den Ökumenikern nicht allein lassen dürfe, sondern ihm im Gegenteil treu bleiben und sich dafür einsetzen müsse, eine Verurteilung der Havanna-Erklärung zu erreichen.

Anti-ökumenische Rhetorik und Sicherheitsdienste

Im Diskurs der Anti-Ökumeniker überwogen im Frühling 2016 politische gegenüber religiösen Argumenten, zudem war eine Rhetorik der Sicherheitsdienste verbreitet. So kritisierte Priester Dimitrij Nenarokov in seinen Auftritten die Kontakte der ROK mit dem Vatikan als „Bedrohung für die Souveränität des Landes“ und der „nationalen Sicherheit“ Russlands und rief den Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) zu Hilfe. Valerij Sutormin organisierte eine Gruppe mit dem sprechenden Namen – „Geistlicher Sicherheitsdienst“ (russ. *Služba duchovnoj bezopasnosti*). Vladimir Chomjakov forderte, dass Präsident Vladimir Putin den Patriarchen zwingen müsse, sich von der Havanna-Erklärung

loszusagen, und dass man sich deshalb zur Verteidigung der Orthodoxie letztlich an den Präsidenten wenden müsse. Laut der MGIMO-Dozentin Olga Tschetverikova muss man den Vatikan als „theokratischen Staat“ betrachten, „der über gut verstellte finanzielle und administrative Ressourcen und über die besten Sicherheitsdienste verfügt, die eng mit den westlichen Nachrichtendiensten zusammenarbeiten.“⁴⁶ Dementsprechend müsse man mit politischen Methoden gegen den Einfluss des Vatikans kämpfen.

Diese Argumente unterscheiden sich stark von den anti-ökumenischen Argumenten der 1990er Jahre, wie sie von ROKA-Gliedern und dem Moskauer Patriarchat zugehörigen Konservativen geäußert worden waren. Damals gab es keinerlei Appelle an die Sicherheitsdienste zwecks Verteidigung des Glaubens. Vielmehr warfen die „Zeloten“ damals den Ökumenikern vor, mit der Staatspolitik, dem KGB und dem Erbe der sowjetischen Vergangenheit verstrickt zu sein – ganz im Gegenteil zu den heutigen Verteidigern der Orthodoxie.

Die Sorge um die „Reinheit der Orthodoxie“, welche die Helden der antikatholischen Front im Frühling 2016 an den Tag legten, harmonierte gut mit Aufrufen zur „Säuberung“, die in radikal politisierten Kreisen der säkularen Welt zu hören sind. Doch nicht alle anti-ökumenischen Organisationen teilen die Sympathie für die sowjetische Vergangenheit. So zieht es Moros vor, das Übel der Ökumene mit dem sowjetischen Erbe zu verbinden. Zu seinem selbst konzipierten „Aufnahmeverfahren für Menschen aus häretischen Gemeinschaften“ gehört zwingend, für den Beitritt zur Kommunistischen Partei oder zu Organisationen des Komsovol oder der Pioniere Buße zu tun.

Organisationsformen der Anti-Ökumene

Nach der Nichtteilnahme der ROK am Panorthodoxen Konzil auf Kreta ebte die Protestflut etwas ab. Doch die Anti-Ökumeniker ließen nicht von ihrer Position ab. Ein Teil von ihnen wandte sich ganz von der kanonischen ROK ab und ging zu einer unabhängigen kirchlichen Existenz als „alternative Orthodoxie“ außerhalb der Weltorthodoxie über.

Gemäß Priester Alexej Moros' Verständnis bleiben nur diejenigen Priester und Laien Kirchenglieder, die sich nicht nur vom Patriarchen lossagen, sondern auch von ihren Erzbischöfen, deren Schweigen Moros mit dem „Einverständnis“ mit der Häresie gleichsetzt. Gleichzeitig distanzierte sich Moros von vielen „Zeloten“, die er heute ungenügender Entschiedenheit beschuldigt. So trennte er sich von Vladimir Chomjakov und dem Volkskonzil und gründete das „Konzil orthodoxer Bürger“. An dessen Gründungsveranstaltung im September 2017 in St. Petersburg unter dem Titel „Versammlung des Konzils orthodoxer Priester der ROK, die der Überlieferung der heiligen Kirchenväter folgen“ nahmen 14 Priester teil. Dabei entwarfen sie das „Statut einer kirchlichen Organisation unter den Bedingungen der Herrschaft der Häresie und digitaler Instrumente zur Kontrolle der Menschen“ und formulierten auch ihr Glaubensbekenntnis,⁷ eine Versammlungsresolution und besondere Empfehlungen, wie man nicht nur die Gemeinschaft mit den Häretikern meidet, sondern auch mit Menschen, die biometrische Identifikationsdokumente besitzen.⁸

Weitaus größer war allerdings die „Synaxis der Priester in Krasnodar auf dem Weg der Bewahrung der Reinheit des orthodoxen Glaubens“ vom 5. Oktober 2017. Zu den Organisatoren

gehörten einerseits Priestermonch Dimitrij Prochin-Christov aus der Region Krasnodar sowie einige Priester aus russischen Städten, andererseits Priestermonch Onufrij (Stebelev-Velaskes) und eine Gruppe von Athos-Mönchen, die sich um den berühmten Anti-Ökumeniker Rafail (Berestov) scharen. An der Versammlung nahmen über 80 Priester, Mönche, Kirchendiener und andere kirchliche Personen und Laien teil. Die Resolution dieser Versammlung unterschrieben im Internet fast 1 500 Personen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Ihre Position ist weicher als diejenige der Gruppe um Moros. So verlangen sie nicht, des Patriarchen Kirill nicht mehr in der Liturgie zu gedenken. Mit ihrer Vorsicht, ein Urteil über den Segen der Mysterien in den Kirchen der Weltorthodoxie zu fällen, stehen sie der Position des griechischen Metropoliten Cyprian (Kucumbas) nahe, dem verstorbenen Vorsitzenden einer der griechischen Synoden alten Stils, der „Synode der Widerständigen“. Ihm zufolge bringen die Mysterien in den Kirchen der Weltorthodoxie solange Segen, zumindest für wahrhaft Gläubige, bis die häretischen Verirrungen durch ein Konzil verurteilt werden.⁹ Die Gemeinschaft mit „häretischen Erzbischöfen“ und der Besuch ihrer Kirchen bedeute nicht automatisch, die Häresie anzuerkennen, und dass alle „gesunden“ Kirchenglieder abfallen. Doch die „gesunden“ Kirchenglieder sollten sich von den „kranken“ distanzieren, „kranker“ Erzpriester nicht mehr gedenken, und vor allem deren Irrglauben entlarven, um sie zu „heilen“.

Die Diomiden und die „Volksorthodoxie“

Es gibt noch eine weitere anti-ökumenische Gruppe, nämlich ehemalige Anhänger des bereits erwähnten, 2008 seines Amtes enthobenen Bischofs Diomid (Dsjuban). Das sind Archimandrit Daniil Filippov aus der Region Krasnodar und Priester Michail Agejev aus der Pskover Oblast', der von den ehemaligen Diomiden als „Bischof Sergij“ bezeichnet wird. Sie verfügen über ein ziemlich weit verästeltes Netz von Anhängern, an die sie sich über Youtube wenden.

Daniil Filippov diente bis 2008 als „weißer“ [d. h. verheirateter] Priester Venjamin in einer Kirche der ROK in der Eparchie Tula. Nach dem Kirchengericht über Diomid schloss er sich dessen „Synod“ an, wo er mit der Weihe den Namen Evstratij annahm. Er und seine Anhänger lebten bis 2013 in der Oblast' Kostroma, von wo sie auf Druck der Justizorgane und des Innenministeriums wegziehen mussten. Ab August 2013 lebten sie im abgelegenen Dorf Tscherepanovo in der Oblast' Novosibirsk, das nur mit einem Geländefahrzeug oder Helikopter erreichbar ist; später zogen sie in die Region Krasnodar zurück. Die Gemeinde zählt etwa 50 Personen, doch haben sie in ganz Russland eine Vielzahl an Anhängern. Zudem haben Filippov und Agejev die Begleitung der geistigen Herde des Exorzisten und Zarenverehrsers Priester Vasilij Novikov übernommen, der bis zu seinem Tod 2010 in der Oblast' Tula großen Einfluss ausgeübt hatte.¹⁰

Trotz ihrer großen Anhängerschaft unter ehemaligen „Diomiden“ sind Filippov und Agejev in gewissen Dingen nicht mit Diomid einverstanden. Ihr Protest richtet sich weniger gegen die Ökumene, sondern vielmehr gegen die kirchliche Machtzentralisierung in den Händen von Patriarch Kirill und den Metropoliten. Filippov tritt im Namen der kirchlichen Volksmassen auf und stellt eine „Volkskirche“ in den russischen Dörfern der kirchlichen und politischen Elite gegenüber. Für diese Gruppe ist die Anerkennung eines ganzen Pakets an Volksmythen

charakteristisch: Die Lehre von der Miterlösung des russischen Volks durch das Opfer von Nikolaj II. (russ. *carbožie*), die Verehrung von Zar Ivan dem Schrecklichen und Rasputin als Heilige, der Glaube an die Prophezeiungen der Pelageja von Rjazan' (1890–1966) und an die Botschaften des Jungen Vjatscheslav Krjascheninnikov (1982–1993) aus Tschebarkul, Hl. Slavik genannt, und viele andere.

* * *

Die Bewegung gegen die ökumenischen Kontakte der Kirchenleitung scheint nicht abzuebben, sondern eher zuzunehmen. Dem Arsenal der früheren anti-ökumenischen Argumente der ROKA wird dabei eine teilweise prosowjetische Rhetorik beigefügt. Zudem bedient sich eine bedeutende Gruppe der anti-ökumenischen Bewegung sehr aktiv politischer Argumente – sie appellieren an die Gefahren der Globalisierung, die Auslöschung der Einzigartigkeit der Nation und der Nivellierung individueller Persönlichkeit aufgrund digitaler Identifikationsmethoden und der Reglementierung menschlichen Verhaltens. Insofern haben wir es heute nicht nur mit einer „Ökumene 2.0“ zu tun, sondern auch mit einer „Anti-Ökumene 2.0“, die nicht mehr auf kirchlich-dogmatischen Argumenten beruht, sondern auf politischen. Zudem ist die Kritik an den ökumenischen Kontakten der Kirchenleitung stark mit Vorwürfen einer Zentralisierung der Kirchenmacht und einer Entfremdung des Patriarchen und der Metropoliten vom „Kirchenvolk“ verknüpft.

Anmerkungen

- 1) Anm. d. Red.: Die Russische Kirche im Ausland (ROKA) wurde in den 1920er Jahren im Exil im serbischen Sremski Karlovci etabliert und 2007 mit der ROK wiedervereinigt. ROKA-Glieder warfen der ROK vor allem die Kollaboration mit der Sowjetregierung vor und auch die Mitgliedschaft der ROK im Ökumenischen Rat der Kirchen sorgte für Irritationen.
- 2) <https://www.aparatorul.md/moldova-kratcoe-istoriya-i-obraschenie-o-nepominanii/>.
- 3) <http://www.aparatorul.md/svyatoi-i-velikii-sobor-pravoslavnoi-cerkvi/>.
- 4) <https://www.kommersant.ru/doc/2067798>.
- 5) Anm. d. Red.: Als Schwarzhunderter bezeichneten sich monarchistisch-nationalistische Organisationen Anfang des 20. Jahrhunderts im Russischen Reich. Sie waren Hauptanstanfiter von antisemitischen Pogromen und Terror gegen Revolutionäre.
- 6) https://www.youtube.com/watch?v=PbE_q6bN0-0.
- 7) https://vk.com/doc-47037456_451904440.
- 8) Anm. d. Red.: Fundamentalistische christliche Kreise bringen solche Dokumente oft mit Apk 13,16–17 als „Kennzeichen des Tieres“ in Verbindung.
- 9) <http://www.ortho-hetero.ru/index.php/theology-aecum/1521>.
- 10) Mit Novikovs Bewegung wurde 2016 zum ersten Mal eine orthodoxe Gemeinschaft von einem russischen Gericht als extremistisch eingestuft und verboten: http://www.ng.ru/ng_religii/2016-08-03/4_derzhava.html.

Übersetzung aus dem Russischen: Regula Zwahlen.

Boris Knorre, Dr., Dozent der Nationalen Universität „Hochschule für Wirtschaft“, St. Petersburg.